

Stellungnahme zum Arbeitsdokument der Europäischen Kommission: Konsultation über die künftige EU-Strategie bis 2020 – KOM(2009)647 endgültig

Die TeilnehmerInnen des Seminars „Angewandte Bildungstheorie“, das von den Wiener Volkshochschulen veranstaltet wird, haben sich im Modul Bildungstheorien und Bildungsstrategien vom 8.1. bis 10.1.2010 mit dem Arbeitsdokument der Europäischen Kommission für eine künftige EU-Strategie bis 2020 auseinander gesetzt und nehmen dazu Stellung.

An der Stellungnahme gearbeitet haben: Bettina Blecha, Gabriele Czasch, Daniela Carelli, Marianne Fiebiger, Renata Grucel, Dott.^{ssa} Laura Isnenghi, Dr.ⁱⁿ Christine Kandler-Zöchmann, Petra Klepzig, Mag.^a Daniela Lehenbauer, Mag.^a Dinah Lepuschitz-Stocker, Dr. Michael Lugger, Bettina Neumeister, Christa Neumer, Markus Rauscher, Hanna Reisinger-Friedrich, Petra Urbancic, Annette Winkler, Geleitet wurde das Modul Bildungstheorien und Bildungsstrategien von Dr. Gerhard Bisovsky.

Die TeilnehmerInnen sind alle in verschiedenen Formen und Funktionen der Erwachsenenbildung in Wien tätig und unterstützen die europäischen Anliegen zur Bildung und insbesondere zur Erwachsenenbildung, wie sie in der Mitteilung der Europäischen Kommission zur Erwachsenenbildung (Man lernt nie aus) und im Aktionsplan für Erwachsenenbildung (Zum Lernen ist es nie zu spät) beschrieben sind. Darüber hinaus stützen wir uns auf die Leitlinien für eine österreichische Strategie des Lebenslangen Lernens, die auf die Dokumente und Vorhaben der Europäischen Kommission aufbaut.

Dass Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union die Möglichkeit haben, zu diesem Papier Stellung zu nehmen, ist für uns von großer Bedeutung, versucht doch die Europäische Kommission damit, allen Menschen in der europäischen Union die Mitgestaltung zu ermöglichen. Wir würden es für sinnvoll erachten, wenn in Hinkunft Aufrufe zur Stellungnahme auch in nationalen Medien gemacht werden, damit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern damit eine Stimme gegeben werden kann.

Wir begrüßen die Absicht der Europäischen Kommission angesichts der vorherrschenden Wirtschaftskrise eine Strategie zu entwickeln, die die Krise auch als Chance sieht und daher die Bewältigung der Krise bzw. den Ausstieg aus der Krise als ersten Schritt sieht,

den Weg zu einer neuen nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft, zu einer intelligenteren, ökologischeren Volkswirtschaft zu beschreiten. Wir halten es auch für notwendig, dass eine solche Volkswirtschaft durch Innovation und durch eine bessere Nutzung von Ressourcen Wohlstand sichern und schaffen kann. Wissen und Bildung werden dabei entscheidende Faktoren sein, um neue Quellen für nachhaltiges Wachstum zu erschließen und neue Beschäftigungen schaffen zu können.

Ebenso sehen wir es als hohe Priorität an, nachhaltig gegen die höhere Arbeitslosigkeit, die tatsächlich eine Bedrohung für unsere Gesellschaften darstellt, vorzugehen.

Wir sind uns bewusst, dass durch Bildung alleine Arbeitslosigkeit nicht reduziert werden kann, aber im Kontext von arbeitsmarktpolitischen, wirtschaftspolitischen und sozialen Maßnahmen kann Bildung und insbesondere Erwachsenenbildung eine wichtige Rolle spielen.

Der Erwerb von für Alltag und Beruf nützlichem Wissen ist Voraussetzung für eine selbstverantwortete Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Auch die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten, die den Menschen dazu befähigen, sowohl seine eigene Position, als auch die gesellschaftlichen Bedingungen zu verbessern, ist Teil von Erwachsenenbildung.

Erwachsenenbildung sehen wir in ihrer gesamten Breite, die die Vielfalt der Bedürfnisse und Interessen von Menschen berücksichtigt. Erwachsenenbildung leistet wesentliche Beiträge zum sozialen Zusammenhalt und zur ständigen Vermittlung von und zur Auseinandersetzung mit Werten und Normen unserer Gesellschaften.

Erwachsenenbildung stärkt lokale und regionale Gemeinschaften und kann nachhaltig dazu beitragen, dass neue Wege zu neuen Gesellschaften und Volkswirtschaften beschritten werden.

Das Strategiepapier nennt drei zentrale Prioritäten, zu denen wir nun Stellung beziehen wollen:

- Wertschöpfung durch wissensbasiertes Wachstum
- Befähigung zur aktiven Teilhabe an integrativen Gesellschaften
- Schaffung einer wettbewerbsfähigen, vernetzten und ökologischeren Wirtschaft.

1 Wertschöpfung durch wissensbasiertes Wachstum

Die Stärkung des Bildungswesens, die Gestaltung des europäischen Forschungsraumes, die Förderung von Innovation und Kreativität sowie die Ausschöpfung des Potentials der digitalen Wirtschaft werden als wichtige Aspekte angeführt.

Die Förderung der Bildung sehen wir sehr positiv, weil Bildung einen grundlegenden Stellenwert in der Europäischen Union haben soll und ein guter Grundstock an allgemeiner Bildung zur Bewältigung der zukünftigen Problemstellungen notwendig ist. Begrüßenswert ist, dass Bildung für alle dazu beitragen soll, Ungleichheit und Armut zu reduzieren und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Wir begrüßen, es dass der Zugang zum Internet im Sinne einer digitalen Kompetenz ausgebaut werden soll und sehen dies auch als eine Grundlage zur Förderung der aktiven Bürgerschaft an.

Für problematisch erachten wir es, dass nur die Universität als Bildungsinstitution in diesem Papier eine so starke Berücksichtigung findet. Es wären auch die Schulen und auch die Erwachsenenbildung anzuführen, die hier wesentliche Beiträge leisten. Ebenso sollen die verschiedenen Formen des Lernens – formal, nonformal und das informelle Lernen – berücksichtigt werden.

Konkrete Beispiele guter Praxis, von denen es im europäischen Raum viele gibt, würden die Bedeutung dieser Leitlinie untermauern.

Zu prominent vertreten ist unserer Meinung nach die wirtschaftliche Orientierung und Verwertbarkeit von Bildung.

Wichtig erscheint uns eine Anhebung des Stellenwerts nicht unmittelbar verwertbarer Bildung, sondern der Bildung als Wert für sich, um den einzelnen Individuen das Rüstzeug für die heute noch nicht definierbaren Herausforderungen der Zukunft mitzugeben.

Die Bewältigung der vor uns stehenden Herausforderung macht eine aktive Teilhabe möglichst vieler Bürger notwendig. Besonders die intrinsische Motivation spielt in der Bildung eine herausragende Rolle. Diese gilt es in allen Bereichen der Bildung zu fördern, um so ein gutes Zusammenspiel von persönlicher Entwicklung und wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung herzustellen.

Für problematisch erachten wir es, dass die angewandte Forschung zu stark betont wird. Für ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger im Sinne von Innovation und Kreativität, ist die Grundlagenforschung, die in Europa auf allen Ebenen gefördert und unterstützt werden soll.

Schließlich möchten wir noch auf einige Begrifflichkeiten hinweisen, die detaillierter bzw. auch in der deutschen Übersetzung genauer zu formulieren wären.

Eine beispielhafte Definition der angesprochenen „gefährdeten Gruppen“ halten wir für wichtig.

Die Gleichstellung von Mann und Frau wird zwar propagiert, findet im Text aber keine Entsprechung. Wir schlagen vor, entweder in einer Präambel auf eine geschlechterneutrale Schreibweise hinzuweisen oder eine gendergerechte Schreibweise im Text zu verwenden.

(z.B.: Studenten – im Text zu verwenden Studierende oder StudentInnen) Nachdem wir aber den gesamten Bildungsbereich ansprechen wäre es besser von „Lernenden“ zu sprechen.

Im Zusammenhang mit Innovation und Kreativität erscheint es uns sinnvoller, nicht von attraktiveren Rahmenbedingungen zu sprechen, sondern für diesen Bereich Freiräume zu schaffen und hier die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Begriff „digitale Integration“ weckt für uns hinterfragenswerte Assoziationen. Für uns ist das Wort „Integration“ mit dem Sozialen konnotiert und wir würden vorschlagen von „digitaler Kompetenz“ zu sprechen.

2 Befähigung zur aktiven Teilhabe an integrativen Gesellschaften

Durch die Aneignung neuer Fertigkeiten und Qualifikationen, durch die weitere Entwicklung von Unternehmergeist, durch die Förderung von Kreativität und Motivation und durch die Schaffung neuer Übergänge (Flexicurity) sollen Produktivitätswachstum erzielt werden, neue Arbeitsplätze geschaffen und die Digitalisierung vorangetrieben werden.

Wir stehen diesen Zielsetzungen positiv gegenüber. Insbesondere die Schaffung flexibler, guter und gesicherter Übergänge zwischen einzelnen Arbeitsverhältnissen, zwischen Aus- und Weiterbildung und Erwerbstätigkeit halten wir für sehr wichtig, weil so die Chancen auf kontinuierliche Erwerbstätigkeit steigen. Bessere Chancen für die Menschen in unseren Gesellschaften begünstigen die Entwicklungen der vorhandenen Potentiale.

Die Anerkennung der Potentiale von Migrantinnen und Migranten und die Integration dieser Potentiale ist ein wichtiger Teil einer Strategie zur Verbesserung der Volkswirtschaften und der Gesellschaften. Diese Potentiale sind in sehr vielfältiger Form vorhanden und sind bislang weit gehend ungenützt. Abgesehen von den Effekten für das Arbeitsleben und für die Wirtschaft spricht für die Nutzung dieser Potentiale auch, dass wir damit diese Menschen auch anerkennen und an unseren Gesellschaften teilhaben lassen können.

Als kritisch erachten wir es in dem Strategiepapier, dass Frauen nur im Zusammenhang mit Migrantinnen und Migranten erwähnt werden.

Eine echte Alternative für Arbeitslose im Selbstständigwerden zu sehen, ist unserer Meinung nach zu kurz gegriffen. Moderne und innovative Gesellschaften und Volkswirtschaften haben auch die Vielfalt der Lebenskonzepte und Möglichkeiten von Menschen zu berücksichtigen. Selbstständigkeit eignet sich nicht für alle Menschen. Im Sinne einer Verantwortung für Inklusion sollen daher auch individuelle Dispositionen berücksichtigt werden.

Wir stehen den Möglichkeiten der Telearbeit positiv und kritisch gegenüber. Es sind auch die Gefahren von Telearbeit zu nennen, wie etwa die der sozialen Vereinsamung, die Tendenz, dass die Trennung zwischen Freizeit und beruflicher Tätigkeit aufgehoben wird bzw. die Grenzen zunehmend verschwimmen. Aufgabe der Politik ist es, hier geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der in der deutschen Version verwendete Begriff „Integration“ wird in deutschsprachigen Ländern fast ausschließlich im Zusammenhang mit der Integration von MigrantInnen verwendet und verstanden. Der hierzulande noch nicht so geläufige Begriff der „Inklusion“ ist aber umfassender: Wer nicht „segregiert“ wird, muss dann nicht mit viel Aufwand „integriert“ werden. Inklusion bedeutet für uns, die Potentiale unserer heterogenen Gesellschaft als solche zu erkennen und zu nützen.

Statt „intelligente Wirtschaft“ schlagen wir vor, den Begriff „vernunftbasierte Wirtschaft“ zu verwenden.

Die Position „echte Chancen für Alle“ halten wir für derart wichtig, dass es daher notwendig ist, die Aussagekraft des Begriffes „Alle“ dadurch zu schärfen, dass Gruppen

von Personen aufgezhlt werden, die heute marginalisiert sind bzw. Segregationsprozessen ausgesetzt sind.

Beispielsweise werden Menschen mit Beeintrchtigungen nicht explizit erwthnt, dabei geht es hier darum, Grundrechte, wie das auf Gleichstellung, auch diesen Menschen expressis verbis zugnglich zu machen.

Das Strategiepapier beschrnkt die Teilhabe an der Gesellschaft auf den Zugang zu Arbeitsmarkt und Beschftigung. Es fehlen jedoch Aussagen und Vorstellungen darber, wie jene Menschen, die entweder aufgrund ihres Alters (Kinder) noch nicht, ihrer persnlichen Ausstattung wegen nicht, (z.B. Menschen mit Beeintrchtigungen) oder nicht mehr (die aus dem Erwerbsleben aufgrund ihres Alters ausgeschiedenen) in Beschftigung stehen, in die Lage versetzt werden, an der Gesellschaft gleichwertig und selbstbewusst teilzunehmen.

3 Schaffung einer wettbewerbsfhigen, vernetzten und kologischen Wirtschaft

Die Umgestaltung unserer Wirtschaft durch gezielte Regulierung ist eine wichtige Lehre aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. In diesem Zusammenhang sind die vorgeschlagenen Manahmen wie eine wirksame Finanzmarktaufsicht zu begruen, um durch eine kontrollierte Kreditvergabe durchdachte Ideen frdern zu knnen. Zur Sicherstellung eines wirksamen Wettbewerbs ist die Modernisierung und Vernetzung von Infrastruktur notwendig, der Ausbau des High-Speed-Internets eine wichtige Voraussetzung. Die Entwicklung einer intelligenten und modernen Verkehrs- und Energieinfrastruktur soll sowohl die Bedarfe der Wirtschaft bercksichtigen aber auch auf die Lebensinteressen der Brgler Bezug nehmen. Klimaschutz ist ein Thema, dessen Wichtigkeit auch vor dem Hintergrund der nicht befriedigenden Ergebnisse der Konferenz in Kopenhagen nicht genug betont werden kann. Durch generationenbergreifende Strategie und durch Wertschtzung der vorhandenen Ressourcen knnen wir nachhaltig zur Erhaltung unseres Planeten Beitrag leisten.

Kritisch stehen wir dem vorgeschlagenen Emissionshandel gegenber. Das Verkaufen von nicht verbrauchtem CO²-AusstoB lst das Problem nicht, sondern verlagert es nur.

In vielen Fällen finden Transporte in andere Länder statt, die nicht notwendig wären. Eine regionale Bearbeitung von Produkten wäre genauso gut möglich und erspart aufwändige und die Umwelt schädigende Transporte.

Auch der geforderten Ersetzung der Kraftwerke bis 2030 stehen wir nicht vorbehaltlos positiv gegenüber. Zuvor sollten objektive Beurteilungen der vorhandenen Kraftwerke stattfinden. Im Sinne einer Öko-Bilanz sollte auch berücksichtigt werden, wieweit durch Abriss und Neubau nicht neue Umweltbelastungen entstehen.

Die Formulierung von klaren Vorhaben mit vorgegeben Zeitplänen sind wichtig, um nachhaltige Erfolge erzielen zu können. Beispielsweise sind bei der Frage, ab wann Neuwagen bestimmte CO²-Werte erreichen müssen, eindeutige Zielvorgaben notwendig. Für ebenso wichtig erachten wir es, dass umsetzbare Sanktionen für den Fall definiert werden, dass die Vorgaben von den Produzenten nicht eingehalten werden.

Globale Ziele, wie insbesondere im Bereich des sorgfältigen Umgangs mit den zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen, können nur mit klaren Vorgaben und ernstzunehmenden Auflagen und Konsequenzen erreicht werden.

Die politischen Vorgaben sind im Kontext einer globalen Steuerung zu sehen.

Wien, 14. Jänner 2010

Gerhard Bisovsky, Bettina Blecha, Gabriele Czasch, Daniela Carelli, Marianne Fiebiger, Renata Grucel, Laura Isnenghi, Christine Kandler-Zöchmann, Petra Klepzig, Daniela Lehenbauer, Dinah Lepuschitz-Stocker, Michael Lugger, Bettina Neumeister, Christa Neumer, Markus Rauscher, Hanna Reisinger-Friedrich, Petra Urbancic, Annette Winkler.